

Vor und nach dem 6. September 1953

Eine Analyse des Wahlergebnisses vom 6. September ist deshalb nicht letztgültig möglich, weil ihm nicht klärbare psychologische Vorgänge zugrunde liegen. Die maßgeblich wirksamen Tatbestände und die auf diesen Tatbeständen beruhenden wahlpsychologischen Reaktionen jedoch sind bekannt, und ihre Kenntnis genügt auch, um das Ergebnis in seinen Ursachen zutreffend zu deuten.

Als wirksamster Umstand ist unbezweifelbar die Tatsache zu erwähnen, daß sich große Teile des deutschen Volkes und damit auch der Wählerschaft nicht, oder doch nicht zureichend, vom politischen Verhalten in der Vergangenheit losgelöst haben, d. h. daß sie immer noch in den Vorstellungen des Obrigkeitsstaates verharren und ohne eigene Entscheidungsbereitschaft demjenigen folgen, der ihnen die schwierige politische Denkarbeit abzunehmen bereit ist. Diese Unterordnungsbereitschaft unter den Willen eines Starken, diese fortwirkende Anerkennung des Führerprinzips also war es, die am 6. September voll wirksam war. In der Persönlichkeit des Bundeskanzlers glaubten große Teile der Wählerschaft jene Autorität entdeckt zu haben, der man sich ohne wirkliche Überprüfung der politischen Tatbestände anvertrauen konnte. Diese Gefolgsbereitschaft gegenüber dem Starken ist gerade beim deutschen Volke außerordentlich entwickelt und hat auch in durchaus normalen Zeiten im Ausdruck des Wählerwillens ihren Niederschlag gefunden. Um wieviel mehr noch mußte diese psychologische Bereitschaft in dem Zustand gegeben sein, in dem das deutsche Volk sich heute befindet. Bei grundsätzlicher Ablehnung jeglichen Bemühens, sich die Ursachen noch einmal zu vergegenwärtigen, die das deutsche Volk in seine heutige Situation gebracht haben, empfindet man im wesentlichen nur mehr das Demütigende der empfangenen Niederlage. Nach der aus der Niederlage resultierenden völligen Unmöglichkeit eigener politischer Gestaltung schätzt man sich glücklich, im Bundeskanzler einen Mann gefunden zu haben, der die Verurteilung zu politischer Willenlosigkeit überwunden zu haben scheint und dem deutschen Volk wieder eigenem Willen entspringende politische Entscheidungen ermöglicht. Zu erkennen, daß eine solche Annahme angesichts der weitreichenden Abhängigkeiten, die bei nur äußerlich formaler Veränderung der Situation Deutschlands bis auf weiteres erhalten bleiben, nicht zutrifft, wäre doch ein viel zu komplizierter Denkvorgang gewesen, als daß er einem Volke in seiner Gesamtheit zugemutet werden könnte, dessen politische Urteilsreife eben auf Grund seiner geschichtlichen Vergangenheit noch nicht zureichend entwickelt ist.

Das deutsche „Wirtschaftswunder“

Ein weiterer das Wahlergebnis offenkundig in beachtlichem Umfange mitbestimmender Umstand lag darin begründet, daß der unverkennbare Gesamterfolg des wirtschaftlichen Bemühens des deutschen Volkes nach 1945 nicht zureichend richtig eingeschätzt war. Bei der relativen Anspruchslosigkeit breiter Schichten des deutschen Volkes wurde der bewirkte Fortschritt als etwas Außerordentliches empfunden; und der fortwährende Hinweis darauf, daß es sich um ein echtes Wirtschaftswunder handle, hat den Erfolg zu bewirken vermocht, der von denen erwartet wurde, die diese Legende vom deutschen Wirtschaftswunder geflissentlich ausgestreut haben. Auch hier scheint es in weitem Umfange so zu sein, daß die Bereitschaft zu vernünftigem Überdenken dessen, was geschehen war, gefehlt hat. Es war nur noch die Erinnerung an jene schweren Tage wach, die insbesondere in den ersten drei Jahren nach dem Kriege durchgestanden werden mußten. Die Erinnerung an den Ausgangspunkt ließ das, was inzwischen erreicht war, in solchem Ausmaße und in solchem Lichte erscheinen, daß bei dieser geistigen Trägheit und materiellen Anspruchslosigkeit die Anerkennung nicht

versagt werden konnte. Freilich war für viele das Urteil wohl auch in der Hoffnung begründet, daß es im gleichen Tempo weitergehen werde, daß das, was jetzt noch unbefriedigend schien, in besserer Weise doch in kurzer Zeit greifbare Wirklichkeit werden würde. Der von den für die Wirtschaft verantwortlichen Politikern zur Schau gestellte Optimismus hat unzweifelhaft solche Hoffnungen stark genährt, und man fühlte sich wohl auch hier der Notwendigkeit enthoben, in eigener Überprüfung der wirklichen Möglichkeiten die Chancen für die Zukunft abzuschätzen. Alle Einwendungen derer, die da wohl auch den Fortschritt anzuerkennen bereit waren, die sich aber zu der sachlich begründeten Feststellung berufen fühlten, daß das Ergebnis auch im wirtschaftlichen Bereich nicht dem tatsächlichen Leistungsaufwand des deutschen Gesamtvolkes entsprach, der Einwand insbesondere auch, daß alle Gebote sozialer Gerechtigkeit schamlos mißachtet wurden, der Hinweis auch darauf, daß die Chancen für eine kontinuierliche Fortführung wirtschaftlichen Ausweitungsbemühens durch eine Reihe von Gegebenheiten wesentlich gemindert seien, wurden überhört, weil unverkennbare Bedürfnislosigkeit oder Saturiertheit den bisherigen Erfolg als zureichend zu empfinden vermochte und weil andererseits die Minderung der Entwicklungschancen, als dem gegenwärtigen „Glück“ nicht zuträglich, einfach beiseite geschoben wurde.

Angst vor den Russen

Mochte auch jene Psychose, die — noch vor wenigen Jahren künstlich erzeugt — einen Angriffskrieg Rußlands als unmittelbar bevorstehend erscheinen ließ, in Teilen wieder abgebaut sein, so hat doch der fortwährende Hinweis darauf, daß alle Verhandlungen mit Rußland zwecklos seien, daß man Rußland nur mit dem Mittel der militärischen Stärke zum Nachgeben zwingen könne, seine Wirkung nicht verfehlt. Auch hier war es sicherlich für breite Teile der Wählerschaft bequemer, unbewiesene Behauptungen der eigenen Entscheidung zugrunde zu legen, als in eigenständigem Urteil die Voraussetzungen, die Bedingtheiten und vor allem aber die Konsequenzen einer solchen Politik zu werten und dieser Wertung entsprechend zu handeln. Es war also die künstlich wachgehaltene Angst vor den Russen, der Appell an den Machtinstinkt ebenso wie sicherlich in nicht seltenen Fällen auch die Bereitschaft, die 18 Millionen Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang ihrem Schicksal zu überlassen, wenn eine solche Politik dennoch nicht zum Erfolge führen sollte. Die weitere mögliche Konsequenz, daß daraus unter Umständen — gleichviel, von wem auch immer ausgelöst — ein dritter Weltkrieg entstehen könnte, der das Schicksal mindestens des deutschen Volkes besiegeln würde, wurde offenkundig nicht zureichend bedacht, teils deshalb, weil die Erlebnisse des letzten Weltkrieges bereits wieder zu verblassen beginnen, teils aber auch deshalb, weil man ebenso wie 1939 des eitlen Glaubens zu sein scheint, daß die Rüstung des Westens zureichend sei, um jede Gefahr von deutschen Landen zu bannen. Nicht selten war aber wohl auch jene Hoffnung Grundlage der Wahlentscheidung, die Deutschland schon bald wieder als einen bedeutsamen politischen Machtkomplex im Weltkonzert sehen möchte. Schon werden in mehr oder minder angeheiterter Stimmung jene Lieder wieder gesungen, die im Dritten Reich den Machtrausch stupiden Volkes genährt haben, Lieder wie etwa: „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“, oder: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“, denen gegenüber der Gesang des Deutschlandliedes in allen Strophen noch als eine beachtliche Zurückhaltung gewertet werden könnte.

Auf dem Wege zum Dollfuß-Faschismus?

Diese Tatsache läßt auch eine andere Seite des Wahlergebnisses im besonderen Licht erscheinen. Angesichts der nicht zu leugnenden, auch in ihrem Umfange bereits beachtlich genau bestimmbar Entwicklung rechtsradikaler Strömungen in Deutschland war

es irgendwie verwunderlich, daß dieser Rechtsradikalismus im Wahlergebnis keinen sichtbaren Ausdruck fand. Nun, die passiv autoritätslüsterne Mitläuferschaft des Rechtsradikalismus fand in dem autoritären Auftreten des Bundeskanzlers sichtbares Genüge. Zusätzlich haben sich ohnehin die Koalitionsparteien so rechtsradikal gebärdet, daß es selbst eingefleischten Nationalsozialisten, sofern sie nicht gerade im Propagandaministerium Dr. Goebbels' eine besondere Schulung erhalten hatten, schwer war, ihnen an rechtsradikalen Vorstellungen den Rang abzulaufen. Nicht daß damit der Rechtsradikalismus in Deutschland etwa beseitigt wäre. Zwar wird er in den Koalitionsparteien, zumindest in der CDU, politisch nicht wirksam werden können, denn in allen Fällen würde eine solche Wirksamkeit nicht nur die Wählerschaft, sondern auch aktive politische Betätigung in diesen Parteien zur Voraussetzung haben. Von der FDP, der Deutschen Partei und dem BHE werden diese Elemente früher oder später wieder abgestoßen werden, wenn diese Parteien nicht in sich selbst einer weiteren Rechtsentwicklung unterworfen sein werden. Die unter der Führung des Bundeskanzlers bei der CDU durchaus mögliche Entwicklung zu einem politischen Erscheinungsbild, das dem Dollfuß-Faschismus zum Verwechseln ähnlich sehen wird, wird für die echten Rechtsradikalen abstoßende Elemente genug in sich tragen, um ihren Absprung mit Sicherheit vorzubereiten, und dann stehen nicht die Gefolgschaften und Mitläufer als Primäraktivisten, sondern die jetzt nicht zum Zuge gekommenen Rechtsradikalen mit ihrem Führungsanspruch bereit, sie aufzunehmen und für ihre Bestrebungen nutzbar zu machen. Bleibt rein analytisch noch notwendig, zweier Tatsachenerwähnung zu tun, die ebenfalls einen nicht zu übersehenden Einfluß auf das Wahlergebnis ausgeübt haben. Zunächst ist es die außerordentlich hohe Wahlbeteiligung, die zum Ausdruck bringt, daß an sich politisch indifferente Kräfte, die verstandesmäßig kaum angesprochen werden können, den Gefühlsappellen gefolgt sind, die im Übermaß an sie herangetragen wurden. Diese im allgemeinen zu den Nichtwählern gehörigen Gruppen, die nur aus ganz besonderem Anlaß in ihrem Gemüt angesprochen werden können, sind es ja nicht nur bei uns, sondern — wie die Geschichte von Parlamentswahlen beweist — auch in anderen Ländern, die nicht selten bedeutsame Verschiebungen der parteipolitischen Gewichte im Parlament bewirken können.

Freilich von ganz anderer Art, aber doch auch irgendwie als politisch noch unorientiert, sind immer noch erhebliche Teile der Jungwählermassen zu bezeichnen, denen es an der notwendigen eigenen Lebenserfahrung und damit politischen Urteilsreife gebricht, um ihren politischen Standort zuverlässig zu wählen. Bleibt aber doch, bezogen auf diese Gruppe, das echte Positivum, daß sie offenkundig ihr Abseitsstehen aufgegeben und sich aktiv an der politischen Willensbildung beteiligt haben. Ihre künftige Neu- oder Umorientierung wird freilich, solange uns die starken Geburtsjahrgänge nachwachsen, durch die immer wieder in Erscheinung tretenden Neuwähler irgendwie paralytisch werden, wenn nicht härteste Erfahrungen das politische Urteil früher reifen lassen, als es bisher der Fall war. Freilich sollte dabei völlig vorwurfsfrei auch die Tatsache nicht übersehen werden, daß nur echte Schockwirkungen die immer gegebene Hoffnungsfreudigkeit der Jugend zu zerstören vermögen.

Nicht mehr der Analyse zugehörig, aber als für „die Stimmung nach der Wahl“ außerordentlich bedeutsam, gilt es die Tatsache zu erwähnen, daß ein Teil der von echten politischen Überlegungen geleiteten Wähler offenkundig die Befürchtung hegte, die bisherige Opposition im Bundestag könnte so stark werden, daß die durch diese Opposition da und dort korrigierte Politik der Koalitionsparteien auch im Grundsatz nicht mehr fortgesetzt werden könne. Diese Vorstellung hat ihre Stimmabgabe bestimmt. Das Wahlergebnis hat ihre ursprüngliche Besorgnis nicht bestätigt, sie aber mit der neuen Besorgnis erfüllt, daß die jetzt gegebenen parlamentarischen Mehrheiten praktisch kontrolllos, in jedem Falle aber politisch kaum beeinflussbar, wirksam werden

können. Wie zutreffend solche Besorgnis ist, wird die nahe Zukunft erweisen, die als die ganze Legislaturperiode des jetzt neu gewählten Parlaments begriffen werden muß, in der politische Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr aufzuheben sind. Diese Besorgnis, die nicht zuletzt auch von der Tatsache mitbestimmt wird, daß die gegebenen Mehrheitsverhältnisse, bei praktischer Wirkungslosigkeit der Opposition unter Umständen sogar in Verfassungsrechtsfragen die Ansprüche von außen vermehren könnten, weil der Einwand der politischen Undurchsetzbarkeit nicht mehr erhoben werden kann.

Die Außenpolitik steht im Vordergrund

Was dieses Wahlergebnis bedeuten kann und aller Wahrscheinlichkeit nach bedeuten wird: So wichtig auch die innenpolitische Entwicklung in den verschiedensten Bereichen für die Zukunft sein mag, so steht doch primär das Außenpolitische im Vordergrund, denn von dort her werden auch die wesentlichsten innenpolitischen Entwicklungslinien mit bestimmt. Es bedarf kaum der Erörterung, daß dieses Wahlergebnis vom 6. September eine außerordentliche Stärkung der amerikanisch-deutschen Vorstellungswelt bedeutet. Bei dem massiven ökonomischen Übergewicht und den außerordentlichen Möglichkeiten, die noch nicht Gefügigen gefügig zu machen, steht der Verwirklichung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages praktisch nichts mehr im Wege. Die praktischen Folgewirkungen müssen von all denen mit verantwortet werden, die durch ihre Stimmabgabe das Tor zu solch ungehemmter Entwicklung geöffnet haben. Es ist hier um so weniger der Ort, alle jene rein politischen Argumente noch einmal ins Feld zu führen, die zu besorgter Zurückhaltung hätten Anlaß geben müssen, als es die erklärte Meinung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist, diese Frage sei im wesentlichen eine politische Frage, die von den dafür zuständigen politischen Instanzen allein zu klären sei. Diese Tatsache enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, die gefährdete gesamtdeutsche Frage nicht nur aus einem nationalpolitischen, sondern vor allem auch aus einem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aspekt zu betrachten, wobei nicht vergessen werden soll, daß die nunmehr zu schaffenden *politischen* Tatbestände auch außerhalb des Problems Gesamtdeutschlands, also allein auf die westdeutsche Bundesrepublik bezogen, schwierige, wenn nicht schwierigste wirtschafts- und sozialpolitische Tatbestände schaffen werden, mit denen sich die Gewerkschaften in jedem Falle werden auseinandersetzen müssen. Dies ist, wenn auch außenpolitischen Ursprungs, im wesentlichen doch auch Bestandteil innenpolitischen Bemühens.

Wenn auch eine rein politische Kategorie besonderer Prägung, sollte doch ein Umstand nicht unerwähnt bleiben, der von vielen aus unzureichender Erkenntnis unserer Situation nicht in Rechnung gestellt worden zu sein scheint: die auf breiter Front im Gange befindliche Gegenreformation — eine reine Weltanschauungsfrage zwar, die dessenungeachtet eine Fülle gesellschaftspolitischer Folgewirkungen mit sich bringen wird, die aber den Gewerkschafter, bezogen auf seine religiöse Neutralität, nicht in erster Linie zu berühren braucht. An einem Punkte allerdings werden solche Bestrebungen, auch bezogen auf die Gewerkschaften, deutlich wirksam, nämlich im Hinblick auf den Anspruch christlich politischer Kreise, die Gewerkschaften äußerlich sichtbar und praktisch wirksam zu durchdringen. Doch davon später.

Neuordnung bleibt die Aufgabe

Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben, die heute weit über die Postulate der Gründerzeit hinausgewachsen sind, wird also mindestens insoweit auch vom Außenpolitischen her mit beeinflußt werden, als daraus eine Fülle wirtschafts- und sozialpolitischer Schwierigkeiten erwachsen wird. Selbst wenn außenhandelspolitisch nicht mit zusätzlichen Schwierigkeiten gerechnet zu werden braucht — die Weltmarktsituation läßt solche aber deutlich als gegeben erkennen —, wäre es doch irgendwie müßig

zu behaupten, die innerdeutsche Wirtschaft könnte insbesondere unter Beibehaltung bisheriger wirtschaftspolitischer Grundvorstellungen so rasch und in einem solchen Umfange ausgeweitet werden, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes zufolge dieser außenpolitischen Belastungen eine Schmälerung nicht zu erfahren brauche. Ganz abgesehen davon, daß dies allein schon in Zweifel gezogen werden muß, ist mindestens aus verantwortlichem Gewerkschaftsbereich noch nirgendwo der Meinung Ausdruck verliehen worden, daß der jetzt erreichte Lebensstandard des deutschen Volkes dem aus echter Menschenwürde gerechtfertigten Anspruch genüge. Dieser Satz steht für sich allein. Er findet noch eine zusätzliche Erhärtung im Vergleich mit den Lebensansprüchen derjenigen Völker, in deren Reihen wir die westliche Welt verteidigen sollen. Liberalistische, nur dem wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen verpflichtete Betriebsautonomie wird jene dem Ganzen verpflichteten Kräfte nicht frei werden lassen, die schon in der Vergangenheit ohne Wirkung auf die trotz allem Fortschritt deutlich erkennbare Tatsache hingewiesen haben, daß das erzielte Ergebnis der aufgewandten Gesamtleistung nicht entspricht. Wenn insoweit nur eine rein volkswirtschaftliche Kategorie angesprochen ist, dann darf hier nicht darauf verzichtet werden, auch der anderen Tatsache Erwähnung zu tun, daß man auch in deutschen Landen in eine ferne Vergangenheit zurückschauen muß, um ein ähnliches Maß sozialer Ungerechtigkeit wiederzufinden, wie es in den letzten Jahren praktiziert wurde. Diese Tendenzen haben durch das Wahlergebnis des 6. September eine noch stärkere politische Fundierung erhalten, als sie vorher schon gegeben war. Mag die Wehr- und Rüstungspolitik auch die Wirkung haben, daß auch der letzte außerhalb des natürlichen Fluktuationsbereiches gelegene Arbeitslose verschwindet — auch Adolf Hitler hat die sechs Millionen Arbeitslosen von damals auf diese Weise verschwinden lassen —, so bleibt diese Tatsache doch ein echtes trojanisches Pferd, das wiederum, abseits des rein Politischen, wirtschafts- und vor allem sozialpolitisch seine negativen Wirkungen haben wird. Die christliche Soziallehre wird sicherlich kein zureichender Hemmungsgrund sein, auch im Bereich der Sozialpolitik noch liberalistischeren Vorstellungen als bisher die Zügel schießen zu lassen, d. h. sich auf die Eigenverantwortung des einzelnen berufen wollen, um auf diese Weise die Gesamtverpflichtung zwar nicht völlig zu negieren — dies wird nimmermehr möglich sein —, sie aber doch in wesentlichen Bezirken erkennbar einzuschränken. Natürlich wird der spezifisch von den Gewerkschaften getragene Kampf um die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft künftighin weiter erschwert sein, denn alle die heute verantwortlichen Politiker, die noch vor sechs bis sieben Jahren bereit waren, diese Notwendigkeiten in deutlichen Worten anzuerkennen, werden künftig ebenso wie in ihrer bisherigen politischen Praxis nicht bereit sein, zu ihrem damals gegebenen Wort zu stehen. Und doch bleibt diese Neuordnung unveräußerliche Voraussetzung dafür, daß künftiges wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Bemühen auch, richtig verstanden, christlichem Ethos entspreche.

Nicht daß der Bundeskanzler bereit sein könnte, schon recht rasch entscheidende Veränderungen im innenpolitischen Raum zu bewirken. Er ist viel zu klug dazu, um seinen Sieg vom 6. September durch übereilte Handlungen zu kompromittieren. Wenn hier nur vom Bundeskanzler die Rede ist, dann deshalb, weil die praktische Erfahrung aus der Vergangenheit lehrt, daß seine Koalitionsgefolgschaft ihm in jedem Falle treu bleiben wird, schon deshalb, weil zwischen seiner, auch vom heftigsten politischen Gegner anzuerkennenden Führereigenschaft und all dem, was ihm nachfolgt, eine selten erlebte Kluft besteht.

Kein Verstoß gegen die parteipolitische Neutralität

Ausgezeichnetes Spiel, fein durchdachte psychologische Erkenntnis, nicht im praktischen politischen Bereich mit harten Maßnahmen zu beginnen, aber die Voraussetzungen

dafür zu schaffen, daß die praktische Durchsetzung später nicht behindert werden kann. Deshalb schon vor der Wahl der massive Angriff auf die Gewerkschaften, der vom Bundeskanzler gestartet, eine wahre Schlammlut übelster Verleumdungen über die Gewerkschaften nur deshalb ausgoß, weil eben diese Gewerkschaften es gewagt haben, die so berechtigten, aber immer wieder vernachlässigten Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften in der Zeit anzumelden, in der ihre Anmeldung allein einen wirklichen Sinn zu haben schien, eben vor der Wahl. Nicht daß die Gewerkschaften künftig darauf verzichten können, auch nach der Wahl etwa im Hinblick auf das konkrete Gesetzgebungswerk die Wünsche und Forderungen der Arbeitnehmerschaft anzumelden, so war es doch bedeutsam, daß es allgemein und grundsätzlich vor den Wahlen geschah. Selbst in dunkelster Vergangenheit wurde niemandem grundsätzlich übelgenommen, daß er seine Forderungen ans Parlament angemeldet hat, wenn man auch immer bereit war, den Fordernden sachlich zu bekämpfen. Hier aber handelt es sich darum, daß den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht worden war, sie hätten die in ihren Satzungen postulierte parteipolitische Neutralität verletzt, weil es sich bei ihren Forderungen wesentlich um solche Forderungen handelte, die auch die Sozialdemokratie im Parlament zu vertreten bereit war — und hoffentlich auch künftig zu vertreten bereit sein wird. Als ob es irgend jemandem, wo immer er auch — abgesehen von linken oder rechten Radikalismen — stehen möchte, benommen worden wäre, sich gewerkschaftspolitische Forderungen zu eigen zu machen, nicht um der Gewerkschaften willen, sondern getragen von der Erkenntnis, daß eben dieses gewerkschaftliche Wollen nicht allein um des sozialen Fortschritts willen, sondern um des Bestandes der westlichen Kultur willen Berücksichtigung finden muß. Nirgendwann und nirgendwo ist auch nur der leiseste Versuch gemacht worden, diese einfältige, nichtsdestoweniger wirksame Behauptung, die Gewerkschaften hätten die parteipolitische Neutralität verletzt, zu beweisen. Dies konnte nur geschehen, weil die zureichend scheinende ökonomische und politische Neufundierung des Besitzes sich der Leistung der Arbeitnehmerschaft nicht mehr zu erinnern braucht, die in weitem Umfange allein die Voraussetzung dafür war und ist, daß es so vielen Menschen in Deutschland heute wieder so gut geht.

Das psychologisch fein durchdachte Spiel äußert sich insbesondere auch darin, daß, wie schon bemerkt, unter vorläufiger Zurückstellung bedeutsamer innenpolitischer Entscheidungen eine Frage doch unmittelbar nach der Wahl in Angriff genommen worden ist, diejenige nämlich, die gewerkschaftliche Position dadurch unmittelbar anzugreifen, daß man unter Bezugnahme auf die unbewiesene Behauptung des Bruchs der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften sofort daranging, die Verstärkung des christlichen Einflusses in den Gewerkschaften zu betreiben, um auf diese Weise eine Art Gleichschaltungsprozeß einzuleiten, ähnlich wie man in den Bundesländern mit abweichenden Regierungskoalitionen auch unter Aufhebung bisheriger föderalistischer Vorstellungen bereit ist, eine bestimmte Gleichschaltung im Hinblick auf den Bundesrat durchzuführen. Psychologisch deshalb so fein, weil man — ob mit Recht, wird sich noch herauszustellen haben — der an sich richtigen Annahme zu sein schien, daß dieser Schlag nur noch unter der vermuteten Schockwirkung des Wahlergebnisses geführt werden könnte. Politisch reife Menschen aber werden niemals schokiert, sie werden schlimmstenfalls enttäuscht sein und diese ihre Enttäuschung zum Anlaß nehmen, nach dem Rechten zu sehen. Darüber aber einiges zum Schluß.

Neue Zielsetzungen notwendig

Worauf wird denn nun eigentlich dieser massive Gleichschaltungsanspruch, bezogen auf die Gewerkschaften, gestützt, und von wem wird er vor allem getragen? Gestützt wird er darauf, daß eben die Gewerkschaften ihre parteipolitische Neutralität gebrochen hätten und daß, um diese zu sichern, der Einfluß, wie man angibt, ehemaliger christ-

licher Gewerkschafter in den Gewerkschaften verstärkt werden müßte. Als ob nicht schon dieser Versuch für sich selbst ein maßloser Angriff auf eben diese parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften wäre, denn getragen wird der Anspruch — und dies scheint durch die Fülle von Zustimmungserklärungen zur Politik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auch aus den Kreisen ehemals christlich orientierter Gewerkschafter eindeutig bewiesen zu sein — nicht von diesen Gewerkschaftern, sondern von ehemaligen Gewerkschaftern, die inzwischen in die reine Politik abgewandert sind und nicht mehr gewerkschaftspolitischen, sondern allgemein parteipolitischen Vorstellungen allein Gehör zu geben bereit sind. Dort sind sie allein der autoritären weltanschaulichen Politik der christlichen Kirchen unterworfen, die — das sollte in aller Klarheit ausgesprochen werden dürfen — ob ihres Autoritätsprinzips nie bereit sein können, den sozial Schwachen wirklich frei zu machen. Diese Befreiung des sozial Schwachen, die Auslöschung des 4. Standes also, ist maßgebliche Funktion der Gewerkschaften, die insofern zu solchem Autoritätsstreben in Widerspruch steht. Diese Linie wird deutlich genug auch dadurch erkennbar, daß — wie wohl als bekannt vorausgesetzt werden darf — außerdeutsche christliche Einflüsse in der gleichen Richtung wirksam sind, die sich mit jenen innerdeutschen kirchenpolitischen Kräften vereinen, die da glauben, in Wiederherstellung alter gesellschaftspolitischer Zustände auch die relative und zum Teil schon absolute Glaubenslosigkeit breiter Volksmassen, gegebenenfalls auch mit dem Mittel der politischen Gewalt, wiederaufheben zu können. Daß dieser massive Angriff auf die Gewerkschaften gerade jetzt kommt, ist nicht von ungefähr, denn die Herausstellung gewerkschaftlicher Forderungen aus Anlaß der Wahlen schien eine Gefährdung bestimmten politischen Willens zu sein, schien insbesondere Ausdruck dafür zu sein, daß die Gewerkschaften nicht bereit waren, jede Regierungsmaßnahme zu tolerieren. *Prälat Meixner* hat die gesamte Problematik in knappen Worten in Vierzeihenheiligen deutlich genug angesprochen, wenn er dort erklärte: „Wir brauchen nur mit der Bildung christlicher Gewerkschaften zu drohen, um zu bewirken, daß sie (die Gewerkschaften) das tun, was wir wollen.“ Weil dieses Konzept verdorben zu sein scheint, deshalb der massive Anspruch auf maßgeblichen Einfluß in den Gewerkschaften.

Es bedarf gar nicht erst einer genaueren Untersuchung der an sich zu negierenden Frage, ob die Einflußnahme außergewerkschaftlicher Organisationen auf die Gewerkschaften satzungsmäßig möglich sei oder nicht. Hier handelt es sich um ein echtes Politikum. Dieses allein ist zu entscheiden. Wir sollten uns glücklich schätzen, daß diese echte politische Auseinandersetzung mit klaren Fronten endlich in Gang gekommen ist. Freilich wird sie auch an uns harte Anforderungen stellen. Letztlich werden nur diejenigen gesellschaftspolitischen Gebilde wirklich stark und groß werden, die nicht dem verweichlichenden Prinzip des Ausgleichs um jeden Preis folgen. Der uns aufgezwungene Kampf wird uns nicht nur organisatorisch, sondern vor allen Dingen auch gesinnungsmäßig stärken. Auf die breite Masse der Mitglieder im besonderen und auf die Großzahl der Arbeitnehmer im allgemeinen übertragen, werden wir diesen Kampf nur dann gewinnen können, wenn neue Zielsetzungen den Glauben an unsere Mission wieder zu beleben und zu stärken vermögen.

Wir brauchen dabei gar keine Sorge zu haben, daß auch nur größere Teile der erfahrenen christlichen Gewerkschafter nicht auch weiterhin bereit wären, die allgemeinen Postulate sozialetischen Bemühens der Gewerkschaften gemeinsam mit uns weiter zu fördern. Hätten diejenigen, die heute vom rein Politischen her maßlose, d. h. unerfüllbare und auch rechtlich nicht realisierbare Ansprüche stellen, ernstlich den Willen gehabt, aus dem Gesichtswinkel der ehemals christlichen Gewerkschafter etwas Besonderes zu tun, dann wären sie verpflichtet gewesen, ganz anders zu operieren, als sie es getan haben. Es wäre eine wirkliche christlich-gewerkschaftspolitische Aufbauleistung gewesen, wenn sie etwa die Vorstellung entwickelt hätten, CDU und CSU

6. SEPTEMBER 1953

haben für sich allein eine absolute Mehrheit im neuen Parlament. Und doch steht zu befürchten, daß koalitionspolitisch notwendige Konzessionen die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen auch der christlichen Arbeitnehmer nicht zureichend verwirklichen lassen, weil die harten Ansprüche von rechts auch von der sozialdemokratischen Opposition nicht zureichend kompensiert werden können. Schaffen wir ein gemeinsames Mindestprogramm, das innerhalb der Legislaturperiode dieses Bundestages erfüllt werden kann. Gebt uns mit den gebotenen Mitteln den Einfluß in den Gewerkschaften, den wir brauchen, um innerhalb unserer Partei den Einwand entkräften zu können, daß gewerkschaftliches Wollen vornehmlich sozialdemokratisches Wollen sei. Das wäre eine Plattform gewesen, auf der ein vernünftiges Gespräch und vermutlich auch ein brauchbares Ergebnis hätte bewirkt werden können. Der Vorstoß aber aus rein parteipolitischer Betrachtung, unter völliger Negierung gewerkschaftspolitischer Notwendigkeiten, war das genaue Gegenteil von dem, was hätte geschehen müssen.

Wir brauchen den Kampf nicht zu fürchten, nicht allein deshalb, weil das Recht und weil die historische Verpflichtung auf unserer Seite stehen, sondern auch deshalb, weil wir im Kampf wieder die Stärke und den Glauben gewinnen werden, die allein uns unsere historische Mission erfüllen lassen.